

Aufruf zur politischen Intervention

Die Stadt Köln ist als Schulträger gemäß § 79 Schulgesetz NRW verpflichtet, die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Schulanlagen und Gebäude bereitzustellen und zu unterhalten. Dieser kommunalen Pflichtaufgabe kommt die Stadt seit Jahren nicht nach. Überall in der Stadt fehlen Schulplätze, vor allem an Grundschulen, Gesamtschulen und Gymnasien. Die Mangelverwaltung hat in den vergangenen Jahren zum Ausreizen sämtlicher Reserven geführt, die sich aus höheren SuS-Zahlen pro Klasse und der Bildung von Mehrklassen bzw. zuletzt Zügigkeitserweiterungen an wenigen Standorten heben ließen. Die Schulen sind rappellvoll.

Trotzdem kann die Stadt aktuell fünfjährigen Kindern bloß Plätze in acht Kilometern Entfernung anbieten und schickt zehnjährige Kinder quer durch die komplette Stadt: in Viertel, die sie nicht kennen, an Schulen, zu denen sie keine Beziehung haben und in Klassen ohne jede persönliche Anbindung. Eltern müssen teilweise stundenlange Fahrten organisieren, wissen nicht, wie sie ihren beruflichen und privaten Alltag um die Beschulung der Kinder herum organisieren sollen, sind verzweifelt und überlegen, die Stadt zu verlassen.

Derweil verweigert die Schulverwaltung jede aktive Hilfe bei der Schulplatzsuche. Sie drückt lediglich ihr Bedauern aus und verweist Eltern dann auf Schulplatzlisten oder an Schulnamen, die teilweise nicht einmal über die versprochenen Plätze verfügen. Die Vergabe an weiterführenden Schulen endet für die betroffenen Kinder in Mehrfachverlosungen von Restplätzen und zuletzt sogar in dem Plan, Schulplätze in der Reihenfolge des Eingangs von Bewerbungen zu verteilen – ein klarer Bruch mit allen politischen Absprachen und eine Missachtung der Vergabekriterien der maßgeblichen Vergabeverordnung (APO-SI). Die Verwaltung verweigert auch jeglichen Einblick in die wahre Lage, indem sie Anmeldedaten an den Grundschulen und den weiterführenden Schulen bewusst zurückhält. Sie geht entgegen der politischen Aufforderung nicht aktiv auf betroffene Eltern zu. Sie missachtet Hinweise auf vorhandene Rest-Schulplätze in der Stadt. Sie lässt substantielle Fragen seit Wochen unbeantwortet. Und sie verweigert sich dem Dialog mit Elternschaft und Politik.

Das Ergebnis sind keine „bedauerlichen Einzelfälle“ – es ist ein systematisches Versagen auf ganzer Linie. Die berechtigten Interessen der Eltern und die Bildungsrechte der Kinder dieser Stadt werden mit Füßen getreten. Und die politisch Verantwortlichen drehen ihnen den Rücken zu. Bis heute hat sich Oberbürgermeisterin Henriette Reker nicht ein einziges Mal öffentlich zu dieser Katastrophe in der von ihr geführten Stadt geäußert. Ihr Schweigen ist ein weiterer Schlag ins Gesicht der abgelehnten Kinder und ihrer Eltern, die sich teils seit Monaten in einer psychologischen Ausnahmesituation befinden, nur weil sie einen Schulplatz suchen. Was das für die seelische Gesundheit der Kinder bedeutet, lässt sich erst in Ansätzen ermessen.

Köln ist inzwischen bundesweit ein Beispiel für strukturellen Schulplatzmangel und eklatantes Versagen bei der Schulplatzvergabe. Statt die Probleme endlich und schleunigst zu lösen, dreht sich das Karussell der Schuldzuweisungen immer schneller. Die akut betroffenen Kinder dieser Stadt brauchen aber keine Schuldigen. Sie brauchen auch kein Bedauern. Sie brauchen einen ordentlichen Schulplatz. Und sie haben einen Anspruch darauf.

Anlässlich der Ratssitzung der Stadt Köln am 23.3.2023 fordern die betroffenen Eltern daher die Oberbürgermeisterin auf, weiteren Schaden zu verhindern und ein klares Zeichen an die Familien und die Stadtgesellschaft zu senden, dass mit diesem Irrsinn nun endgültig Schluss ist!

Henriette Reker,
als Oberbürgermeisterin der Stadt Köln fordern wir Sie auf:

1. **Stoppen** Sie sofort das unsinnige, dilettantisch organisierte und rechtswidrige sogenannte Vergabeverfahren für die weiterführenden Schulen!
2. **Garantieren** Sie allen Kindern einen Schulplatz in der gewählten Schulform und in einer für eine Großstadt zumutbaren Entfernung und für die Kinder gut erreichbaren Lage!
3. **Weisen** Sie Ihre Verwaltung an, aktiv den mehrfach abgelehnten Kindern umgehend verträgliche Schulplätze zu vermitteln, und zwar im Konsens von Schulverwaltung, Bezirksregierung und Schulleitungen!
4. **Berufen** Sie einen Krisengipfel ein zur kurzfristigen Beseitigung des Platznotstands an den Grundschulen mit massivem Bewerbungsüberhang, durch provisorische Erweiterungen in Modulbauweise und andere kreative und pragmatische Lösungen, um unzumutbar lange Wege zu vermeiden!
5. **Schaffen** Sie eine umsteigefreie ÖPNV-Anbindung vom und zum Stadtzentrum für alle weiterführenden Schulen!
6. **Sagen** Sie substantielle Hilfen für Härtefälle zu, inklusive des Angebots von Fahrdiensten und einer unbürokratischen finanziellen Unterstützung für Fahrgemeinschaften von Eltern!
7. **Priorisieren** und beschleunigen Sie den Schulbau und unterbrechen Sie dafür alle nicht notwendigen Bauvorhaben!
8. **Veranlassen** Sie einen vorbereitenden kleinräumigen Lagebericht zur Prognose der Situation in den kommenden Jahren und weisen Sie die Verwaltung an, präventive Pläne zur Vermeidung einer neuerlichen Katastrophe zu entwickeln, statt erneut in Verfahren zu starten, die von vornherein zum Scheitern verurteilt sind!
9. **Lassen** Sie ein digitales Anmeldeverfahren entwickeln mit voller Transparenz über Anmeldekapazitäten und Anmeldezahlen in Echtzeit zur Unterstützung der Eltern beim künftigen Anmeldeprozess an Grundschulen und weiterführenden Schulen, und ohne Mehrfachverlosungen!
10. **Prüfen** Sie die Begründung temporärer Schuleinzugsbereiche zur Mangelbewirtschaftung, solange bis ausreichend Schulplätze in der Stadt geschaffen wurden!
11. **Entwickeln** Sie eine kommunale Plattform zur Koordinierung der Kriterien für die Schulplatzvergabe an den einzelnen weiterführenden Schulen, damit schwarze Wohnflecken in der Stadt verschwinden, die keine Chance auf Beschulung in der Nachbarschaft bieten, da benachbarte Schulen nach Entfernungskriterien auswählen!
12. **Sorgen** Sie für eine Kooperation und Koordination mit den Nachbarkommunen zum Vorteil der Kinder!
13. **Arbeiten** Sie den Anmeldeprozess dieses Jahres kritisch auf, um die Ursachen für das durchgängige Scheitern und die eklatanten Fehler zu erforschen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen!
14. **Ziehen** Sie kritisch Bilanz über die Arbeit der von Ihnen eingesetzten „Task Force Schulplätze 2023/24“, die krachend an ihrem selbstgesteckten Ziel gescheitert ist, an mindestens 10 Gymnasialstandorten durch Bereitstellung von Schulcontainern und/oder Anmietungen die räumlichen Voraussetzungen für Zügigkeitserweiterungen zu schaffen!
15. **Entschuldigen** Sie sich bei allen Kindern und Eltern dieser Stadt für das kollektive Versagen der Stadt bei der Schulplatzplanung und bei der Organisation des Vergabeverfahrens!